

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Zeile 0,40 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Im geistigen Ringen der Gegenwart

Die Kölner Jubiläumstagung liegt hinter uns. Mit berechtigtem Stolz können die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften auf dieselbe zurückblicken. „Wir sind gewachsen in diesen 25 Jahren, gewachsen an innerer Kraft und an Bedeutung nach außen. In unserer Bewegung steckt noch viel junge, unverbrauchte Kraft. Also soll es uns um die Zukunft nicht bange sein. Wie diese sich auch anlassen mag: wir werden bei ihrer Gestaltung ein gewichtiges Wortlein mitzureden haben.“ Mit diesem tröstlichen Bewußtsein ist wohl jeder Teilnehmer der Tagung nach Hause gegangen.

Wir sind gewachsen an innerer Kraft! Als das Wertvollste will uns dies erscheinen: Unsere Bewegung hat sich nicht nur im Verstand, sondern auch in den Herzen unserer Arbeiterschaft einen Platz erobert, von dem sie niemand mehr verdrängen kann. Der den Aufmarsch und das Bild der 5000 Vertrauensleute, die aus dem ganzen Westen und auch entlegenen Reichsgebieten herbeigezogen waren, sah und ihre Begeisterung miterlebte, der mußte sich unwillkürlich sagen: Hier ist mehr als das bloße Befolgen einer Parole, hier ist inneres Mitschwingen, Feuer für die als richtig erkannte Idee der Bewegung.

Und gewachsen ist unsere Bewegung an Bedeutung nach außen. Auch dafür war Köln der sinnfälligste Ausdruck, den man sich denken kann: Alle die erschienenen Ehrengäste: die Vertreter der obersten kirchlichen und weltlichen Behörden, die Vertreter anderer Stände und der Wissenschaft bezeugten, welche Bedeutung und Wertschätzung den christlichen Gewerkschaften und ihrer Arbeit im Ganzen unseres Volkes zukommt wird. Worauf es ankommt: Ihre Reden waren mehr als platonische Sympathieerklärungen, wie man sie bei Tagungen irgendwelcher anderer Körperschaften wohl hören mag. Es sprach daraus eine tiefgehende innere Anteilnahme an unserer Arbeit, und vor allem Vertrauen: Man setzt große und starke Hoffnungen auf unsere Bewegung für den deutschen Neuaufbau. Das ehrt uns, legt uns aber auch eine große Verantwortung auf. Sowohl, Kollege Stegerwald hat recht: „Wir sind mehr als eine bloße wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter, mehr als ein Hausbesitzerverband, eine Innung, ein Arbeitgeberverband. Wir sind auch mehr als eine bloße Gewerkschaftsbewegung.“ Wir sind vor allem deshalb mehr, weil wir uns christlich-national nennen und aus dieser unserer innersten Wesensbestimmung sich für uns bestimmte Pflichten und Aufgaben ergeben, die weit über das engere gewerkschaftliche Gebiet hinausreichen.

Noch ein drittes machte Köln offenbar. Wir sind eine Bewegung von Eigenart und mit ausgeprägtem Eigenleben. Es ist bodenständigstes Volks- und unvergängliches Ewigkeitsgut, in dem unsere Bewegung wurzelt. Wer da meint, wie es eine große deutsche Zeitung neulich getan hat, unsere Bewegung entbehre der positiven Ziele, sei groß nur in der Negation, nämlich in der Verneinung der sozialistischen Lehren, der kennt uns nicht. Nicht weniger falsch ist es, wenn von sozialistischer Seite behauptet wird, wir seien eine Bewegung der sozialen Selbstbestimmung. In Köln ist es deutlich ausgesprochen worden: „Wir wollen nicht eingestiebert sein in die gegenwärtige Gesellschaft, sondern diese Gesellschaft erneuern an Kopf und Gliedern.“ In diesem Sinne ist unsere Bewegung, wenn man so will, eine radikale Bewegung und wird von einem Bürgerturne, das den sozialen Beharrungszustand als der Weisheit letzten Schluß predigt, zweifellos auch immer als solche empfunden werden. Die Grenzen gegenüber der sozialistischen Bewegung bleiben gleichwohl klar abgesteckt. Wir sind eine radikale Reformbewegung, keine radikale Umwälzungsbewegung. Demgemäß erstreben wir die Umgestaltung der Gesellschaft nicht auf dem Wege der Gewalt, durch Revolution, sondern auf dem der organischen Fortentwicklung, also durch Evolution. Und wir wollen diese Reformarbeit leisten in christlich-nationalem Geiste; der uns davor schützt, jemals einem Radikalismus zu verfallen, der gleichbedeutend ist mit Verfehlung. Hier aber stehen wir christlichen Arbeiter nicht allein, sondern wissen uns vereint mit den Besten und Edelsten aus allen Ständen, die mit uns dem gleichen Ziele zustreben. So begehen wir unser Ideal von der Volksgemeinschaft, das wir dem sozialistischen Klassenkampfgebanken entgegensehen. Volksgemeinschaft hat zur Voraussetzung den sozialen Ausgleich! Und da dieser nicht von selbst kommen wird, sondern wir darum zu kämpfen haben, sind wir eine Kampfbewegung

im besten Sinne des Wortes und jedenfalls weit entfernt von jener Einstellung, die man nicht mit Unrecht „Garnonieduselei“ genannt hat.

Im ganzen legte die Kölner Tagung Zeugnis ab für die innere Kraft unserer Bewegung. Dafür ist vor allem Beweis, daß die in Führerkreisen vorhandenen Meinungsverschiedenheiten in voller Öffentlichkeit ausgetragen wurden. Diese Meinungsverschiedenheiten traten erstmals öffentlich in Erscheinung, als der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates christlicher Bergarbeiter, der Kollege Imbusch, auf der vor einigen Monaten stattgefundenen Generalversammlung dieses Verbandes Kritik an der Haltung der Gesamtbewegung und namentlich des Kollegen Stegerwald übte. In den gegnerischen Lagern jubelte man schon. Eine gewisse Fresse, und keineswegs nur die sozialistische, wurde nicht müde, den „Gegensatz Stegerwald-Imbusch“ über Gebühr aufzubauschen. Ein Köln erwartete man die Vertiefung der „Kluft“, wenn nicht gar das Auseinanderfallen der Bewegung. All diese braven Seelen sind enttäuscht worden. „Am Tische der Versammlungsleitung Imbusch und Stegerwald nebeneinander, wohlwollend als sichtbare Widerlegung des Versuches, von ihnen als von verschiedenen Polen zu sprechen, die sich nach dem Wunsch der Gegner der Bewegung entgegenstellen sollen, während lediglich sachliche Auffassungsunterschiede in Freiheit und Offenheit zur Klärung und Bestätigung der unüberlehten Einheit geführt werden, eine durchaus natürliche Erscheinung, die eine gesunde Organisation dieser Größe nicht ängstlich zu verbergen braucht.“ So stellte ein Kölner Blatt („Rheinische Volkswacht“) den äußeren Eindruck fest. Es traf auch nach der sachlichen Seite das Richtige. Die Wiedergabe des entscheidenden Teils der Reden von Stegerwald und Imbusch mag das beweisen.

Stegerwald führte u. a. aus: Es haben sich in den letzten Jahren in unserm Lager mancherlei Meinungsverschiedenheiten herausgebildet. Das darf niemand überraschen. Wir haben vor zwanzig und mehr Jahren ringen müssen, um den uns zuteilenden Platz in der Arbeiterbewegung und im Volksleben und haben lange nach dem rechten Weg gesucht, den alle Verbände im christlichen Gewerkschaftslager gemeinschaftlich gehen konnten. Nun haben wir in den letzten Jahren die Revolution erlebt. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft stehen gegenwärtig in vielfacher Hinsicht vor einem Wendepunkt und einer Krise. Im alten Dreiklassenstaat war die Arbeiterschaft in vielfacher Hinsicht entrechtet. In weiten Kreisen des Unternehmertums herrschte ebendies die Auffassung, daß Menschenrechte in die Kumpfkammer veralteter Begriffe gehörten und mit Menschenrechten keine Wirtschaft geführt werden könne. Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist groß geworden im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Hier herrschte früher ein rücksichtsloses Unternehmer- und Schlarlachertum. Heute kann man nicht mehr sagen, daß die Arbeiterschaft im Staate politisch entrechtet sei; im Unternehmerlager steht man jetzt theoretisch und grundsätzlich, wenn auch noch nicht allenfalls praktisch, auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft. Und nun stehen wir vor der Frage: wie weit können wir unter den veränderten Verhältnissen gemeinsam mit den Unternehmern, wie weit gemeinsam mit den landwirtschaftlichen Erzeugern und wie weit gemeinsam mit unsern sozialdemokratischen Kollegen, mit denen, soweit der Arbeitsvertrag in Frage kommt, vieles uns verbindet, von denen uns aber in Fragen des Staats-, Gesellschafts-, Kultur- und Geisteslebens, in den Fragen des Woher und Wohin des Menschen, eine unübersteigbare Kluft trennt, gehen? Im Ziel besteht in unserm Lager völlige Übereinkunft; um den rechten Weg, den alle Verbände gemeinschaftlich gehen können, wird gegenwärtig gerungen. Es gibt Leute, die meinen, die Schwierigkeiten in unserm Lager seien entstanden, weil wir uns politisch zu weit hervorgewagt hätten. Das ist eine oberflächliche Betrachtung der Dinge, die tiefer erfaßt werden müssen. Die Hauptschwierigkeiten liegen darin, daß wir mehr sind als eine bloße Interessenvertretung der Arbeiter, mehr als ein Hausbesitzerverband, eine Innung, ein Arbeitgeberverband. Wir sind auch mehr als eine bloße Gewerkschaftsbewegung, und zwar in zweifacher Hinsicht. Wir nennen uns zunächst eine christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung, und dann stellen wir im öffentlichen Leben eine Mittelgruppe dar zwischen den bürgerlichen Parteien, von denen keine unsere Auffassungen und Forderungen

reflexlos vertritt, auf der einen Seite, und den sozialistischen und kommunistischen Klassenparteien auf der andern Seite, von denen uns eine geistige Welt trennt. Eine christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung hat zur Voraussetzung ein gewisses Maß gemeinsamer geistiger und nationaler Grundlagen. Diese waren vor dem Kriege gegebene Größen, sie waren als etwas Selbstverständliches da. Seit der Revolution sind diese einmaligen geistigen und nationalen Grundlagen umstritten und erschüttert. Diese Dinge wirken so lange auf unsere Bewegung zurück, als wir uns christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung nennen. Bebel war ebendies der gefestigte und einflussreichste Mann im sozialdemokratischen Lager. Glaubt jemand, daß, wenn Bebel heute noch lebte, er die Spaltung und den Zerfall der Sozialdemokratischen Partei hätte verhindern können? Keines! Die Sozialdemokratie mußte sich spalten in derselben Stunde, in der sie sich von ihrer ehemaligen bloßen Staatsverneinung entfernte, als sie nicht mehr bloße Agitationsbewegung war. Auch die Schwierigkeiten in unserm Lager liegen auf einem ähnlichen Brett. Grundsätzlich haben wir den Staat und die Wirtschaft bejahend, und nun sind wir gestungen, unter veränderten Verhältnissen unsere Grundsätze praktisch zu erweisen. Und deswegen treten in der Übergangszeit auch bei uns Schwierigkeiten hervor. Ohne ausreichende gemeinsame geistige Grundlagen ist jedoch in Deutschland keine Gewerkschaftsbewegung möglich.

Wie steht es mit unseren gemeinsamen nationalen und geistigen Grundlagen, wie steht es mit unserer christlichen Auffassung? Daran hat sich in wesentlichen nichts geändert. Aber die Auswirkungen der Lehren des Christentums im öffentlichen Leben sind andere geworden. Früher hat sich der Katholizismus im öffentlichen Leben und im Staate weitgehend durchgesetzt. Meines Erachtens mit Recht. Heute werden ähnliche Beschwerden von dem positiv-evangelischen Teil erhoben. Auch in unserer nationalen Auffassung hat sich nichts geändert. Aber ebenso wie die christlichen, sind auch die nationalen Auswirkungen heute andere wie ebendies. Früher war für uns der alte Staat dem Wesen nach das Gegebene. Fast alle Mitglieder standen auf dem Boden der Monarchie. Jetzt besteht über den Staat, wie er ist, noch keine Meinungsübereinstimmung, ebenfalls nicht über Demokratie und Republik. Früher bestand außerpolitisch keine Meinungsübereinstimmung, jetzt Meinungsverschiedenheit; früher hatten wir einen starken Staat, jetzt einen schwachen; früher eine starke Wirtschaft, jetzt eine schwache; früher hatte der starke Staat in starkem Maße mit dem wirtschaftlich Starken, und zwar mit der Großindustrie und der Großlandwirtschaft, seine Politik gemacht und die wirtschaftlich Schwachen in vielfacher Hinsicht nicht zur Geltung kommen lassen. In diesem starken Staat waren unter allen Umständen starke Gewerkschaften notwendig. In den letzten Jahren hatten wir einen schwachen Staat, der sich auf die wirtschaftlich Schwachen stützte, der aber diesen Schwachen nicht helfen konnte, weil er selbst keine Macht hatte. Der deutsche Staat wird wohl längere Zeit schwach bleiben. In einem schwachen Staat sind starke Organisationen, wenn sie nicht diszipliniert und mit dem Ganzen verantwortlich verbunden sind, eine schwere Gefahr für die Gesamtheit, für die einzelnen Organisationen selbst und für den einzelnen Staatsbürger. Wir haben uns klar zu werden, daß ohne gefestigten Staat und ohne gesicherte Wirtschaft die Gewerkschaftsarbeit auf die Dauer Sisyphusarbeit ist. Wir haben das ja im vorigen Jahre erlebt. Die Gewerkschaftssekretäre haben gearbeitet bis zur Erschöpfung, viele sind hoch nervös geworden, und das Ergebnis unserer Arbeit war, daß wir unseren Mitgliedern in der Inflationsperiode lediglich das nackte Leben retten konnten. Darum habe ich in den letzten Jahren meine Hauptaufgabe darin gesehen, energisch mitzuarbeiten, daß wir wieder einen halbwegs gefestigten Staat bekommen. Nun wird gesagt, wir hätten in erster Linie Arbeiterinteressenvertretungsorganisation zu sein und keine Staatsretterorganisation. Bin ich denn allein die christliche Arbeiterbewegung? Wer von den übrigen Gewerkschaftsvertretern hat denn in den letzten Jahren überwiegend in Staatsretterei gemacht? Man braucht bloß die Gewerkschaftsversammlungen und die Gewerkschaftspreise zu verfolgen, um zu sehen, daß dort überwiegend gewerkschaftliche Aufgaben gelehrt wurden. Ich habe in den letzten Jahren nicht zehn Prozent meiner Arbeitskraft dem Reichstag und dem Staat gewidmet, der Rest galt der Gewerkschaftsarbeit und den neugeschaffenen wirtschaftlichen Unternehmen.

Jambusch, der die Aussprache eröffnete, sagte etwa: Früher war unserer Bewegung eine große Einigkeit eigen, in der letzten Zeit war das im alten Maße nicht mehr der Fall. Es bestehen zweifellos Meinungsverschiedenheiten; nicht etwa der Art sind sie, daß zwei Männer um den Vorrang streiten, nicht kleine Eifersüchtigkeiten sind es. Die Meinungsunterschiede gehen tiefer, sie sind sachlicher Natur. Wenn in den letzten Jahren Stegerwald abtrat, kam etwas anderes heraus, als wenn ich (Jambusch) sprach, weil eben unsere Ansichten nicht übereinstimmen. Ich bin nicht der Auffassung, daß sich die Meinungsverschiedenheiten heute reiflos klären lassen. Die Aufgaben unserer Bewegung und die Möglichkeit ihrer Durchführung werden verschieden beurteilt. Die Gründe der Bewegung beschränkten behauptet deren Arbeitsgebiet; das in weiser Selbstbeschränkung zu tun, wird auch in Zukunft notwendig sein. Geht man zu weit auf das politische und kulturelle Gebiet über, dann ist das der Anfang vom Ende. In einer Bewegung, die von Mitgliedern verschiedener Parteilichung und Konfession getragen wird, darf man sich nicht zu weit vertragen, wenn man nicht den Reiz der Zwietracht hineintragen will. Die Hauptaufgabe liegt darin, daß man sich in unserer Bewegung mehr sein und aus der Bewegung mehr machen wollen, als möglich ist. Ich habe bei Stegerwalds Vortrag das Gefühl: hier spricht ein politischer Führer. Seitdem Stegerwald preussischer Ministerpräsident gewesen ist, wuchs er hinein ins politische Gebiet; seitdem bin ich der Auffassung, daß er die politische Seite etwas zu stark, die gewerkschaftliche Seite nicht stark genug sieht. Wenn er zum Beispiel eintritt für die Einbeziehung der Reichsregierung, dann ist das für mich gut, aber es ist bedenklich, es auszusprechen in einer Bewegung, wo Bundesratspräsident anderer Meinung sind. Stegerwald unterschätzt unsere gewerkschaftliche Arbeit als etwas Kleines gegenüber der politischen Arbeit. Beides ist groß, beides ist notwendig. Wir müssen uns entscheiden, ob wir Gewerkschaftsarbeit im alten Sinne unter Anpassung an neue Verhältnisse leisten oder mehr politische Wege gehen wollen. Sollen wir als berufene Interessensvertretung der Arbeiter vor Staatsbedürfnissen aufgeben? Das ist Aufgabe des Staatsmannes, es gehört nicht zur Gewerkschaftsarbeit. Eine Interessensvertretung der Arbeiter darf nicht andere Sachen zuerst behandeln und dann die Interessen der Arbeiter. Jambusch sprach zum Schluß von der Arbeitsgemeinschaft, die nur dann Zweck habe, wenn sie vom rechten Geiste getragen sei; der fehle ihr, denn die unsozialen Unternehmer herrschen und die sozialbedenklichen wagen sich nicht hervor. Das wäre Geheiß gegen den Marxismus — so fuhr Jambusch fort — richtet sich auch gegen uns! Die Klassenkämpfer von oben wollen den Neuaufbau ganz auf Kosten der breiten Masse. Wir müssen in unserer Bewegung einen Kurs einschlagen, daß so etwas nicht gelingt. Es wird schließlich zum Saumeln geblasen, aber dahinter steht etwas ganz anderes. Geld und Not in der Arbeiterenschaft sind nicht mehr zu überbieten. Wir müssen bleiben, was die Begründer unserer Bewegung wollten, eine Vertretung der Arbeiterinteressen. Gewiß sollen auch andere zu ihrem Rechte kommen, aber wenn das Wort von der Nächstenliebe wahr werden soll, dann dürfen wir nicht uns selbst lieben.

In der weiteren Aussprache wirt **Helmut Jähren** sprach, der Vorsitzende des Textilarbeiterverbandes, die Frage auf: Was erwarten die Mitglieder von dieser Tagung? und gibt darauf die Antwort: **Ermütigung und Zurechtweisung** in ihrem schweren Daseinskampf. Er weist darauf hin, daß Stegerwald in den geistigen Interessen der christlichen Gewerkschaften einbezogen will, der rechtlichen Parteien, der Regierung, der Presse zu. Die Gewerkschaften könnten sich nur dann mit solchen Aufgaben befassen, wenn es alle Interessentengruppen sind; das eine politische nicht, darum solle man sie den dazu berechtigten überlassen. Die parteipolitische Neutralität der christlichen Gewerkschaften zwingt zur politischen Einheitsfront.

Paul Lieber, der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, erklärte, man könne verschiedener Meinung darüber sein, welche Probleme zeitgemäß wären. Aber wenn die Seite der Bewegung nur alle zwei bis drei Jahre aufzuwachen, dann könne man seine Vogelzugschritte machen, sondern die Männer an der Front der Bewegung wollen einmal hören, wie die Dinge an der Wurzel liegen. So habe ich beobachtet, wenn Stegerwald sich vertritt, wie er in seinen Reden darlegt, daß er seine Absichten über die weitere Zukunft der Bewegung, der christlichen Politik, wie sich zeigt, daß die christlichen Arbeitervereine Deutschlands einen solchen Kurs als Ziel haben.

Ernst Heide sprach Reichsarbeitsminister **Dr. Brüning**, wenn er jetzt zum ersten Mal die Reue des christlichen Gewerkschaften angeregt, aber man muß auch den Standpunkt der Politik aus Einbeziehung zur Bewegung gewinnen. Denn die Gewerkschaften wollen doch nicht aus der Politik heraus, sondern mit hinein in die Verwaltung und in die Regierung. Wenn sie das wollen, müssen Männer aus ihren Reihen heraus kommen, die die Männer können nicht in die in Frage stehenden Parteien kommen und nur Bundesräte vertreten; das ist nur in Reichsräten möglich. Ein Arbeitsminister als Abgeordneter muß immer Abgeordneter sein. Die Bewegung muß nicht nur die Kirche haben, sie kann weder ohne Politik leben, noch kann sie eine politische Bewegung werden. Die christlichen Gewerkschaften müssen die politische Arbeit, die die Bewegung nicht erwartet, sondern eine Bewegung sein.

Helmut Jähren sprach: Es wird in unserer Bewegung nicht mehr verstanden, warum die Sozialdemokratie auf der politischen Seite mit dem politischen Kampf nicht mehr so wie ehemals war. Die Arbeiter sind in den Begriffen Konfession und Typologie. Wenn ich aber die Meinung geltend mache, daß mit den

Klassenkämpfern, die in Schülfragen, die in den dem konfessionell gerichteten Volksteil heiligsten Dingen unsere Interessen mit Füßen treten, die der Beseitigung des § 218 des Strafgesetzbuches das Wort reden, lieber und eher zusammengebracht werden könnte, als mit dem positiv-wangelischen Volksteil, dann sind diese Wege verfehlt. Haben wir Ursache, uns auseinander manövrieren zu lassen? Staat und Gewerkschaft sollten den sittlichen Kräften, die von unten heraufdrängen, mehr Beachtung schenken.

Johann Giesbertz erklärte: Das Hemd ist dem Arbeiter näher als der Rock. Erst muß der Arbeiter Hemd und Schuhe haben, dann kann er sich den Sonntagsgrod der Politik leisten. Unsere Bewegung ist nicht dazu da, rühmliche Probleme auszutragen und ich befürchte, daß unsere Gewerkschaftsfunktionäre den theoretischen Gedankengängen Stegerwalds praktisch nicht zu folgen vermögen. Wir müssen die unterschiedliche politische Einstellung der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften in unserer Bewegung ertragen lernen, ohne sie auseinanderzureißen. Wir müssen der Welt zeigen, daß wir in gewerkschaftlichen Dingen vollständig einig sind. Die Arbeiter müssen an uns glauben und sie glauben an uns, wenn wir ihre Anwälte sind.

Reichstagsabgeordneter **Joos** faßte die Antwort auf die Frage, was die Anhänger der Bewegung von der Kölner Tagung erwarten, zusammen in die Begriffe: **Ermütigung und Zurechtweisung**. Was der Arbeiter politisch werden kann, daß auch ihm der Weg offen steht bis hinauf zum Amte des Ministers und Reichspräsidenten, das rührt ihn nicht, das verkörpert und beweist ihm nicht den Klassenaufstieg, denn damit hat sich ja in seinem Berufsleben, in seiner Arbeit nichts geändert; hier aber will er Beruhigung, Zufriedenheit, Fortschritte, die ihm das Leben lebenswerter machen. Stegerwald macht Umwege zum Ziele. Ich bin für jeden Umweg, wenn er nicht ein Holzweg ist. Wir haben nicht zu fragen: Wer hat recht, sondern, was ist das Richtige?

Stegerwald unterstrich in seinem Schlußworte nochmals, daß nur sachliche Meinungsverschiedenheiten über das aufgerollte Problem den Gegensatz schufen, aber keinerlei persönliche Gegnerschaften. Seine Reden hätten nicht dem Zwecke gedient, innerhalb der christlichen Gewerkschaften Stimmung zu machen für eine Koalition des Zentrums mit den Deutschnationalen. Solche Ziele könnte er, wenn er sie propagieren wolle, rednerisch vertreten als Abgeordneter in seinem Wahlkreis. Er habe jetzt nur einmal die Beweggründe für seine politische Tätigkeit darlegen wollen, und warum er für weitherzige Zusammenfassung des deutschen Volkes eintrete. Zur übrigen habe die Aussprache ergeben, daß manches auf **Mißverständnissen** beruhe.

Neben und Gegenreden machen klar, worüber der Meinungsstreit in unseren Reihen entstanden ist. Er dreht sich um die Frage: **Inwiefern soll sich die Bewegung politisch betätigen?** Wir unersetzlich halten mit aller Entschiedenheit daran fest, daß die Gewerkschaften in erster Linie wirtschaftliche Interessenvertretungen der Arbeiter sind und dementsprechend ihre Handlung einzurichten haben. Aber vollzieht sich diese wirtschaftliche Interessenvertretung ausschließlich auf dem Gebiete des Lohn- und Arbeitsvertrages? Unzweifelhaft nicht. Wichtigste Interessen der Arbeiterenschaft können nur politisch wahrgenommen werden; sie liegen auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik, Steuerpolitik, Sozialpolitik. Deshalb kann keine Gewerkschaftsbewegung von einer Einflusnahme auf die allgemeine Politik absehen. Fragt sich nur, wo die Grenzen einer solchen gewerkschaftlich-politischen Betätigung liegen. Darüber können nun in der Tat sehr leicht Meinungsverschiedenheiten entstehen und sind sie in unserer Bewegung entstanden, übrigens nicht erst heute, sondern auch früher schon. Mit dem Wesen der Bewegung, ihren Grundsätzen und Zielen, haben sie gar nichts zu tun und ebenso wenig stellen sie die Einheit der Bewegung in Frage. Deshalb werden auch die gegenwärtigen Auseinandersetzungen niemand in unserer Bewegung nervös machen; sie sind notwendige Begleiterscheinungen in dem Ringen nach Klarheit über den weiteren Weg. Nach einer Seite wünschen wir allerdings die Grenzpfähle nach wie vor deutlich abgesteckt: **Wir dürfen uns unter keinen Umständen in das parteipolitische Getriebe hineinziehen lassen.** Aber das will bestimmt auch der Kollege Stegerwald nicht, wenn gleich man über Einzelheiten seiner Politik sehr wohl verschiedener Meinung sein kann.

bleibt noch die Frage, ob die Aussprache in Köln eine Annäherung der auseinandergehenden Meinungen gebracht hat. Mindestens ist die Verständigung angebahnt. Dafür ist der beste Beweis die nachstehende Entscheidung, die am Schluß der öffentlichen Vertretertagung einstimmig angenommen wurde:

Grundsätze und Ziele der christlichen Gewerkschaften

Die öffentliche Vertretertagung der christlichen Gewerkschaften am 13. Oktober 1934 in Köln erklärt: Die christlichen Gewerkschaften sind, wie es im Mainzer Programm von 1899 niedergelegt ist, gegründet worden zur wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Hebung des Arbeiterstandes. Nach 35-jährigem Bestehen sieht die Bewegung, rückwärtsblickend, daß sie ein großes Stück Weges, wenn auch unter Mühen, vorwärtsgekommen ist. Sie ist dankbar allen, die denen sie Unterstützung fand. Vorwärtsblickend stellt sie fest, daß noch Vieles und Großes zu tun bleibt. Die erstrebte Gleichberechtigung und Gleichwertung des Arbeiterstandes in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur ist noch nicht erreicht. Sie muß noch erarbeitet und erkämpft werden. Das Ziel wird um so eher erreicht, wenn die Arbeiterenschaft auch durch **Mitbestimmung und Mitverwaltung** an der Wirtschaft verantwortlich beteiligt wird. Einrichtungen wie das Betriebsräte- und Aufsichtsrats-

gesetz sind zu vervollkommen. Es ist das Kleinattributionen ähnlich wie in England auszubauen. Hauptprobleme und Konsumgenossenschaften sind nachdrücklich zu fördern. Das Spar-, Kredit- und Wohnungswesen ist umzugestalten. Es müssen die organisierte Arbeitskraft, die organisierte Sparkraft und die organisierte Konsumkraft auf den großen Gedanken umgeleitet werden, daß die 70 Prozent des deutschen Volkes, die Lohn- und Gehaltsempfänger sind, weitgehend in den Mitbestimmung und in die Mitverwaltung der Wirtschaft hineinwachsen. Die Arbeiter sind für diese Aufgaben entsprechend zu schulen.

Die christlichen Gewerkschaften bleiben nach wie vor parteipolitisch neutrale Organisationen, die den christlichen, sozialen und nationalen Staat bejahen und in diesem Sinne die Forderungen der Arbeiterenschaft gegenüber dem Staat und der Öffentlichkeit zur Geltung bringen. Sie sind als selbständige, interkonfessionelle, christliche Organisationen entstanden, die Angehörige der christlichen Religionsgemeinschaften umfassen und mit deren kulturellen Organisationen an der Erneuerung der Verhältnisse in Deutschland im Geiste des Christentums arbeiten.

Die Bestrebungen zur Bildung konfessioneller und parteipolitischer Gewerkschaften werden, weil unnötig und arbeiter-schädigend, entschieden verurteilt.

Die alte Waffenbrüderschaft zwischen christlichen Gewerkschaften und den konfessionellen Arbeiter-, Arbeiterinnen-, Gesellen- und Jugendvereinen, die seit mehr als 20 Jahren besteht, wird erneuert und bekräftigt. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften werden aufgefordert, sich reiflos den konfessionellen Landesvereinen anzuschließen und dort im Sinne der religiös-sittlichen und nationalen Erneuerung unseres öffentlichen Lebens zu arbeiten.

Die Entschließung beweist, daß die christlichen Gewerkschaften bleiben werden, was sie immer waren: **Vereinigungen zur Wahrnehmung der Arbeiterinteressen** auf allen Gebieten. Dieses Einverständnis kann sich auch der sozialdemokratische „Vorwärts“ nicht entziehen, der sogar meint, die Entschließung bedeute eine Niederlage für den Kollegen Stegerwald. Die letztere Annahme ist natürlich hiesiger Wölbium. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß in der Entschließung kein Wort steht, das Kollege Stegerwald nicht unterschreibt. Aber es ist ja auch so gleichgültig, was die Sozialdemokratie über unsere Bewegung denkt.

Entscheidend ist, daß unsere Bewegung das Vertrauen ihrer Mitglieder hat, und das besitzt sie nach wie vor in volstem Maße. Worauf es jetzt ankommt, ist, daß dieses Vertrauen in entsprechende Taten umgesetzt wird. Inflation und Wirtschaftskrise haben der Bewegung schwere Wunden geschlagen. Andererseits stellt gerade die gegenwärtige Lage an die Gewerkschaften höchste Anforderungen. Wir fordern die gerechte Verteilung der aus dem Londoner Pakt erwachsenden Lasten! Die hier der Arbeiterenschaft drohenden Gefahren können nur abgewendet werden, wenn die Verbände umgehend auf die alte Schlag- und Kampfkraft gebracht werden. In diesem Sinne ergeht auch von Köln aus die Mahnung: **Zurück zur Gewerkschaftsidee der Gründungszeit!**

Die Entschließungen zur Frage einer geordneten Wirtschaftsvertretung

In Artikel 165 der Reichsverfassung ist den Arbeitern und Angestellten die gleichberechtigte Mitwirkung an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte zugesichert. Im Sinne dieses Artikels muß die Beteiligung der Arbeitnehmer an den öffentlich-rechtlichen Kammern der deutschen Wirtschaft und die Einsetzung eines ordentlichen Reichswirtschaftsrates verlangt werden. Obwohl fünf Jahre inzwischen vergangen sind, ist lediglich durch eine Verordnung der vorläufige Reichswirtschaftsrat ins Leben gerufen worden; seine Rechte und Funktionen wurden in der Inflationszeit obendrein noch erheblich beschnitten. Die in der Nachkriegszeit geschaffenen sonstigen Stellen für paritätische Gemeinschaftsarbeiten sind verschwunden oder unwirksam geworden. Dieser Zustand ist völlig unhaltbar und verstößt gegen den Gedanken der wirtschaftlichen Gleichberechtigung und Gleichwertung aller Stände, besonders der Arbeitnehmer. Die Vertretertagung hält die rein parteipolitische Betrachtungsweise der wirtschaftlichen Dinge für schädlich und verlangt, daß aus Gründen des Staatswohles, der Wirtschaftsförderung und des sozialen Friedens die aufstrebenden Berufsorganisationen und Persönlichkeiten der Arbeitnehmerbewegung durch ihre Beteiligung an den öffentlich-rechtlichen Vertretungen der deutschen Wirtschaft als mitwirkende und mitverantwortliche Faktoren herangezogen werden. Im einzelnen ist zu erwägen, wie weit beim Erlaß von Gesetzen und Verordnungen über rein wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten dem ordentlichen Reichswirtschaftsrat ein Mitbestimmungsrecht, das über die bloße Begutachtung hinausgeht, eingeräumt werden könnte. Neben der Errichtung des ordentlichen Reichswirtschaftsrates ist vordringlich die Vorlegung der Gesetzentwürfe über die paritätische Ausgestaltung der Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern.

Die Vertretertagung hält die vom Reichswirtschaftsrat im Auftrage der Reichsregierung schon seit geraumer Zeit ausgearbeiteten Vorschläge für die Errichtung des ordentlichen Reichswirtschaftsrates und der Bezirkswirtschaftsräte, sowie zur Umformung der öffentlich-rechtlichen Wirtschaftskammern für eine geeignete Grundlage zur gesetzlichen Regelung dieser Fragen. Gesetzentwürfe auf dieser Grundlage sind in den Ministerien auch den gesetzlichen Instanzen noch nicht vorgelegt worden.

Die Vertretertagung bittet daher die Regierung, die Rechte des vorläufigen Reichswirtschaftsrates wieder herzustellen und gleichzeitig jene Gesetzentwürfe einzubringen. In der Zeit der Durchführung der Dawes-Gesetze

und der damit verbundenen wirtschaftlichen Umstellungen, der Steuer- und Sozialreformen braucht die deutsche Wirtschaft mehr denn je ein Organ, das als ihre Stimme autorisiert und anerkannt ist.

Zur Lohnfrage

Die öffentliche Vertretertagung der christlichen Gewerkschaften stellt fest, daß in vielen Gewerbebranchen und Betrieben der Reallohn weit hinter dem zurückbleibt, was nötig und möglich ist. Das ist um so mehr zu beklagen, als nur bei ausreichendem Reallohn die Produktivität der deutschen Wirtschaft gehoben werden kann. Die Vertretertagung wendet sich auf das schärfste dagegen, daß auch heute noch manche Arbeitgeber und Arbeitgebergruppen eine kurzfristige, den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen nicht Rechnung tragende Lohnpolitik betreiben und sich sogar einer geordneten Lohnregelung durch Tarifverträge grundsätzlich widersetzen. Von den Schlichtungsbehörden wird erwartet, daß sie der Notlage der Arbeitnehmer mehr als bisher Rechnung tragen. Ebenso werden die Reichs- und Staatsbehörden ersucht, Preisstrebereien mit allen gesetzlichen Mitteln entgegenzuwirken und den Preisabbau mit erhöhter Energie zu fördern. Heute ist die Spannung zwischen Preisen und Produktionskosten zu hoch. Daher muß insbesondere auch auf das nachdrücklichste gegen die preissteigernden Wirkungen der Kartelle und gegen die Einschaltung unnötiger Zwischenglieder im Handel nicht nur mit Worten, sondern mit praktischen Maßnahmen Stellung genommen werden.

Zur Arbeitszeitfrage

Die öffentliche Vertretertagung der christlichen Gewerkschaften erwartet die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, da der Weg dafür frei geworden ist.

Mit der Ratifizierung muß jedoch eine ausreichende Verbesserung des bestehenden Rechtszustandes verbunden sein, so daß die baldige Einführung eines Arbeitszeitgesetzes für das Deutsche Reich nachdrücklich gefördert werden muß.

Das Arbeitszeitgesetz muß auf der Grundlage des Achtstundentages aufgebaut sein. Verlängerungen der gesetzlichen Arbeitszeit bei Bedarf sind im allgemeinen der freien Vereinbarung zwischen den beteiligten wirtschaftlichen Verbänden vorzubehalten. Für alle Betriebe mit ununterbrochener Produktion sind Verlängerungen grundsätzlich auszuschließen. Sonntagsarbeit ist auf das geringste zur Betriebserhaltung notwendige Maß zu beschränken.

Auf die Beseitigung der bestehenden großen Mängel kann jedoch nicht bis zur Verabschiedung eines Gesetzes gewartet werden. Deshalb ist der sofortige Erlass von Bestimmungen zum § 7 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 31. Dezember 1923 nötig, durch die für die durchgehenden Betriebe und für Arbeiter, die besonderen gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt sind, eine Uberschreitung des Achtstundentages — von bringenden Gründen des Gemeinwohls abgesehen — ausgeschlossen wird. Das Verbot ist dabei nicht auf einzelne Personen und Tätigkeiten abzustellen, sondern auf Gewerbebranchen und Berufsgruppen, denen gegenüber der Reichsarbeitsminister oder die obersten Landesbehörden erforderliche Einzelmaßnahmen gestatten können.

Zur Erwerbslosenfürsorge

Die öffentliche Vertretertagung der christlichen Gewerkschaften hält die gegenwärtige Fürsorge für die Erwerbslosen für unzureichend. Bei aller Anerkennung der vorhandenen finanziellen Schwierigkeiten muß es dennoch sowohl als sittliches wie auch als staatspolitisches Gebot bezeichnet werden, den durch unverschuldete Arbeitslosigkeit sich in größter Not befindenden Volksgenossen nach Möglichkeit beizustehen. Eine verbesserte Arbeitslosenversicherung ist alsbald zu schaffen. Zur Mittelaufbringung sollen nicht nur Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern auch die Allgemeinheit (Reich, Einzelstaaten, Gemeinden) herangezogen werden. Die Kurz- und Saisonarbeiter dürfen nicht von der Fürsorge ausgeschlossen sein. Der Selbstverwaltung ist im Rahmen behördlicher Mitwirkung möglichst weitgehender Einfluß zu gewähren. Die Bildung von Gefahrengemeinschaften muß unter dem Gesichtspunkt der Vereinfachung und der Herbeiführung des Ausgleichs auf möglichst zentraler Grundlage vorgenommen werden.

Die Vertretertagung betont ausdrücklich, daß nach wie vor die beste Arbeitslosenfürsorge in der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit auf Grund einer gut gedeihenden Volkswirtschaft liegt.

Zur Arbeitsgerichtsbarkeit

Die öffentliche Vertretertagung der christlichen Gewerkschaften fordert die schleunige reichsgesetzliche Schaffung von Arbeitsgerichten für alle Wirtschaftszweige einschließlich der Landwirtschaft.

Bis zum Inkrafttreten dieser Gerichte fordert die Vertretertagung, daß die Entscheidung sämtlicher Einzelstreitigkeiten aus dem Dienstverhältnis der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitnehmer den Arbeitsgerichten im Sinne des Artikel II § 2 der Verordnung über das Schlichtungsverfahren vom 30. 10. 1923 übertragen wird. Wo auf Grund dieser Bestimmung ein Gewerbe- oder Kaufmannsgericht als Arbeitsgericht für einen ausgedehnten Bezirk zuständig ist, sind nach Möglichkeit delegierte Kammern zu errichten.

Zur Arbeitsgemeinschaftsfrage

Zur Frage der Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erklärt die öffentliche Vertretertagung der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, daß die christlichen Gewerkschaften getreu ihrer alten Ueberlieferung an dem Grundsatze von der Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Wirtschaft als einem wesentlichen Punkte ihres Programms festhalten. Darum sind die christlichen Gewerkschaften trotz mancher Mängel der im

Am 1. November 1924 ist der vierundvierzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1924 fällig.

November 1918 gegründeten Zentralarbeitsgemeinschaft und ihrer Gliederungen bei diesen verblieben. Sie lehnen den Klassenkampfgedanken in Theorie und Praxis ab, bedauern aufs tiefste die verschärften Gegensätze zwischen Erzeugern und Verbrauchern, zwischen Stadt und Land und streben ein auf gegenseitiger Rücksichtnahme beruhendes Vertrauensverhältnis der an der Wirtschaft Beteiligten an. Als notwendige Voraussetzung für fruchtbringende Tätigkeit arbeitsgemeinschaftlicher Zusammenschlüsse erachten sie weitgehendste Uebereinstimmung in den Anschauungen über die grundlegenden Fragen staatlichen und wirtschaftlichen Lebens. Zur Befriedigung der Wirtschaft, die tarifvertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und ein — soweit möglich — freier Vereinbarung vorbehaltenes Schieds- und Schlichtungsverfahren, geeignete Mittel.

Zur internationalen Arbeitsorganisation

Die öffentliche Vertretertagung der christlichen Gewerkschaften spricht sich grundsätzlich für eine Mitarbeit an der Internationalen Arbeitsorganisation und im Internationalen Arbeitsamt aus. Sie verlangt dort eine der Stellung Deutschlands angemessene Vertretung und Bewertung. Von der Mitarbeit verspricht sich die Vertretertagung nicht nur eine Förderung der Sozialpolitik, sondern auch eine Entspannung der außenpolitischen Lage. Die Erkenntnis, daß die gegenwärtigen weltwirtschaftlichen und weltwirtschaftlichen Wirren, insbesondere die Reparationskassen und die internationale Verschuldung große Hemmnisse für die Entwicklung wirtschaftlicher Verhältnisse in Deutschland und in der übrigen Welt bedeuten, setzt sich immer weiter durch. Die Internationale Arbeitsorganisation hat auch deshalb allen Anlaß, dahin zu wirken, daß die sozialen Belange in der Welt den politischen und wirtschaftlichen Rücksichtlichkeiten vorangestellt werden.

Wohlfahrtspflege

Groß ist die wirtschaftliche Notlage breiter Volksschichten. Fast 5 Millionen Personen wurden im April d. J. aus öffentlichen Mitteln unterstützt. Die Säuglingssterblichkeit nimmt zu. Tausende und Wertausende von Schulkindern sind unterernährt. Krankheit und Siedtum haben in vielen Familien eine Heimstätte gefunden. Die gegenwärtige schwere Wirtschaftskrise vermehrt dieses Elend ins Ungemessene.

Neben der wirtschaftlichen haben wir eine nicht minder große sittliche Not. Ein über Materialismus hat breite Schichten unseres Volkes erfasst. Seine Auswirkungen in der Kriegs- und Nachkriegszeit haben die sittlichen Begriffe verwirrt, die Moral untergraben, einen leichten Vergnügungskaumel erzeugt. Von diesem sittlichen Mitleid wird vor allem unsere Jugend beeinflusst. Ihr drohen heute große Gefahren.

Diese doppelte Not erfordert Abhilfe. Reich, Länder und Gemeinden tun ihr Möglichstes. Aber ihre Mittel sind zu beschränkt und darum unzureichend. Unzureichend auch deshalb, weil die Linderung dieser Not mehr erfordert als bloße materielle Hilfsmittel. Viele der in Not geratenen gilt es auch seelisch wieder aufzurichten, ihren Lebensmut, Lebenswillen zu stärken und ihnen den Glauben an die Menschheit wiederzugeben. Darum muß das Geben in einer Form erfolgen, die nicht verlegend wirkt. Das tröstende, aufmunternde Wort muß einer aufrichtigen persönlichen Anteilnahme entfließen.

Dieses persönliche Mitleid, dieses Geben von innen heraus vermag die freie Wohlfahrtspflege in weit höherem Maße auszuüben als die amtliche. Sie ist weltanschaulich eingestellt. Aus dieser Weltanschauung heraus fließen jene wertvollen, idealen Kräfte, die wir in der Wohlfahrtspflege nicht zu entbehren vermögen. Darum war es eine kluge Handlung in der Notverordnung über das Fürsorgewesen die freie Liebestätigkeit als gleichberechtigten Faktor neben die amtliche zu stellen.

Unter den freien Wohlfahrtsorganisationen sind es vor allem die auf christlichem Boden stehenden, der Caritasverband auf katholischer und die Innere Mission auf evangelischer Seite, die sich in der Liebestätigkeit große Verdienste erworben haben. Und doch, auch deren Hilfsmittel finanzieller und persönlicher Art sind allein der heutigen Not nicht mehr gewachsen, zumal von den Kreisen, die vormalig wohl vorwiegend Träger der konfessionellen Liebestätigkeit waren, selbst viele verarmt und hilflos geworden sind. Wir jagen das unter voller Anerkennung und Würdigung dessen, was die genannten christlichen Wohlfahrtsorganisationen geleistet haben.

Soll der gewaltigen gegenwärtigen Not gesteuert werden, so muß die Hilfe umfassender sein. Um das zu erreichen, gilt es, neben den anderen Bevölkerungsschichten auch die Arbeiterschaft zur hilfswilligen Tat aufzurufen und für die Mitarbeit in der Liebestätigkeit zu gewinnen. Früher war der Arbeiter nur der Reklamende. Seine Mitarbeit wurde nicht angeboten, aber meist auch nicht gewünscht. Die vielen Mißgriffe in der Form des Gebens, bis mit der Annahme der Gabe nicht selten verbundenen gesellschaftliche und staatsbürgerliche Mängel machten die „Armenunterstützung“ arbeitswidrig. Tausende litten lieber bittere Not als sich unterstützen zu lassen.

Das alles hat sich geändert. Statt der Einzelnot haben wir ein Massenelend. Zu dessen Linderung hat auch der Arbeiterstand finanzielle Mittel und persönliche Kräfte zu stellen. Gerade wir als christliche Arbeiter dürfen und der Verpflichtung nicht entgehen. Wir

sollen nicht nur von außen ein Tatkräftentum verlangen, sondern dieses auch selbst praktizieren. Die wenn auch nur kleine materielle Beihilfe des einzelnen noch erwerbsfähigen und erwerbstätigen Arbeiters ist eine große Hilfe, weil sie jenseits erhebliche Beträge ergibt. Es sei nur an das Ergebnis der Notgemeinschaft erinnert. Auch unsere persönliche Mitarbeit kann nicht mehr entbehrt werden. In groß ist das Bedürfnis nach helfenden Kräften in der praktischen Kleinarbeit und Wohlfahrtspflege. Und dann ist gerade der aus innerem Antriebe sich der Liebestätigkeit widmende Arbeiter oder die Arbeiterin und die Arbeiterin besonders geeignet zur Fürsorge für die aus dem eigenen Standesangehörigen entstammenden Hilfsbedürftigen. Wer könnte sich so gut wie sie in deren wirtschaftliche und seelische Bedürfnisse hineinsehen und das erforderliche Vertrauen erwerben? Unsere Mitarbeit wird heute auch nicht bloß geduldet, sondern gewünscht und wird auch warm begrüßt. Auch der Geist der Wohlfahrtsarbeit ist ein anderer geworden. Wir finden heute in ihr weit mehr soziales Mit- und Mitleidgefühl und das Bestreben, auch den Ursachen der Not auf den Grund zu gehen und sie zu beseitigen. Es gibt also nichts mehr was uns abhalten könnte die Wohlfahrtspflege durch finanzielle Beihilfe und durch Zuführung geeigneter Kräfte zu unterstützen.

Der Zentralwohlfahrtsausschuß, sowie die Landes- und Ortswohlfahrtsausschüsse der christlichen Arbeiterschaft haben es sich nun zur Aufgabe gestellt, den Geist der christlichen Liebestätigkeit und den Willen zur praktischen Mitarbeit auch in der christlichen Arbeiterschaft zu wecken und zu fördern. Sie wollen erreichen, daß der Gedanke echt christlicher Berufs- und Standesolidarität, der auf gewerkschaftlichem Gebiete so große Erfolge zeitigte, sich zunächst in der Hilfe für die in besonderer Not geratenen Mitglieder unserer Standesorganisationen auswirke. Wie in der Blütezeit der fünfziger Jahre die Junggenossen es als ihre Pflicht betrachteten, den in Not geratenen Junggenossen zu helfen, so soll auch die christlich organisierte Arbeiterschaft in dieser Notzeit sich der Verantwortung den eigenen hilfsbedürftigen Kollegen und Kolleginnen gegenüber bewusst werden. Darum wollen wir nicht einem engherziger Kastengeist das Wort reden. Nein! Die Herzen der christlichen Arbeiterschaft sollen weit geöffnet werden auch für die allgemeine Not, auch für die Not jener, die nicht aus unseren Reihen stammen. Durch unsere Mitarbeit in der öffentlichen Wohlfahrtspflege und in der Liebestätigkeit der konfessionellen Wohlfahrtsorganisationen und auch durch materielle Unterstützung der letzteren wollen wir zur Linderung auch dieser Not nach Kräften beitragen. Durch ein einträchtiges Zusammenwirken mit den beiden letztgenannten Trägern der Fürsorge erhoffen wir segensreichen Einfluß für die Allgemeinheit.

Möge denn der Ruf nach echt christlicher Liebestätigkeit auch in unseren Reihen ein lebhaftes Echo finden. Möge dieser Ruf neben materieller Hilfsbereitschaft auch verborgene Kräfte für die persönliche Mitarbeit in unseren Wohlfahrtsausschüssen und in der christlichen Liebestätigkeit überhaupt auslösen. Die selbstlose, hingebende Arbeit zur Linderung persönlicher Not aber wird dann wieder Verbindungsbrücken schlagen vom Mensch zu Mensch, vom Berufsgenossen zum Berufsgenossen. In der Bewegung selbst werden wir dadurch allmählich wieder das verlorene persönliche Sichverbundenheit zwischen Mitglied und Organisation zurückgewinnen. Aus selbst aber wird die unregelmäßige Arbeit im Dienste anderer innerlich wachsen lassen. Sie wird uns jenen Idealismus wiedergeben, der die ersten Kämpfer unserer Bewegung besetzte.

Allgemeine Rundschau

Unsere Bewegung — eine bedeutende Volksangelegenheit

In einem außerordentlich warmherzigen Begrüßungsartikel zu unserer Kölner Jubiläumstagung schrieb die „Rheinische Volkswacht“ (Köln) u. a.:

„Solange es selbst in christlichen, gläubig-christlichen Kreisen des Volkes noch Gegner der christlichen Arbeitnehmersbewegung als eines notwendig und berechtigt starr organisierten Ganzen gibt, solange bleibt es Recht und Pflicht (auch der christlichen Presse), auf den Ursprungsbegriff der Bewegung — Nächstenliebe und die daraus für jeden Christen sich ergebenden Folgerungen — immer und immer wieder hinzuweisen. Gerade auch um solcher, leider noch lebendiger Gegnerschaft willen war es von hochtragender, von niemandem zu übersehender Bedeutung, daß gestern in der Messehalle Spigen der Staatsgenoss ebenso wie Spigen der Kirchengemeinden beider Konfessionen, evangelisch und katholisch, in persona anwesend waren und, weit über Höflichkeitssamenessheit hinaus, durch Rede und Gildschonung ihren Beitrag der Veranstaltung formten zur hohen, ruckhaltlosen Anerkennung der christlichen Gewerkschaftsbewegung als einer gefunden, notwendigen, verdienten, unauslöschlich starken Volksbewegung mit klaren, hohen Zielen, einer Volksbewegung, der jeder gläubige Christ emmentend, stehend, fördernd zur Seite treten, der er nie und nirgendes mehr irgendwo und irgendwie hemmend entgegenzutreten sollte. Die deutsche christliche Arbeiterbewegung, jetzt verdrängt im Deutschen Gewerkschaftsbunde, ist keine Privatangelegenheit von Arbeitern, Angestellten und Beamten, sondern eine bedeutende, wenn nicht die bedeutendste Volksangelegenheit, so weit das deutsche Volk ersten Willens ist, die christlichen Grundzüge im Staate und in der Wirtschaft, eifern in der Konsequenz in allem, gegen jeden und jeder gegen sich, endlich in breiter, alles Entgegenstehende zurückdrängender Linie zur Tat werden zu lassen. Christliche Volksgemeinschaft? Gut — hier Rhodos, hier Sprünge!“

Der Klassenkampf -- ein Aberglaube

Der berühmte deutsche Nationalökonom Prof. Dr. Werner Sombart stand in der Vorkriegszeit dem Sozialismus recht nahe. Um so größeres Aufsehen muß sein Bekenntnis erregen, das er auf der kürzlichen Tagung des Vereins für Sozialpolitik gegen den marxistischen Klassenkampfbegriff ablegte. Er legte dar:

„Die Klassenkampftheorien ruhen auf einer sehr morschen Basis, dem sozialen Naturalismus, der in seinen Grundanschauungen abzulehnen ist. Dieser verkennet die Grundtatsachen, er verkennet, daß im Menschen zwei Welten sind und sich auswirken: die Welt der Natur und die Welt des Geistes. Das Geistige hat eine unauflösbare selbständige Bedeutung: denn die Motive des Menschen können nicht ausschließlich in der Naturphäre verlegt werden. Die Geschichte ist nicht ein Prozeß, in dem sich triebhaft, naturhaft bestimmte Massen drehen und wälzen, sondern Geschichte ist ein Kampf zwischen dem Geistigen und dem Naturhaften, sie ist nichts anderes als ein Versuch, das Naturhafte zu durchgeistigen und in die Höhe zu heben. Selbst der Bolschewismus lebt heute dieser Auffassung, sonst könnten nicht 25 Leute 125 Millionen in Bewegung setzen.“

Unter dem Gesichtsbunkte des Wertes ist die Klassenkampftheorie gemeint. Sie bedeutet eine Gefahr für das Seelenleben der Massen. Sofern sie Einfluß ausübt, ist der Einfluß ein vernichtender. Sie treibt die Menschen zum Haß und läßt den Sündenflamm auf die Oberfläche treiben. Es ist der größte Irrwahn, wenn man glaubt, aus diesem Meer von Haß könne ein Reich der Liebe hervorgehen. Es ist eine Gefahr für das öffentliche Leben und politisch gefährlich, weil sie die Bildung von Friedensgemeinschaften (Kirche, Familie, Beruf, Nation) ausschließt. Die soziale Klasse kann niemals an ihre Stelle treten, weil sie ein Naturaggregat von Individuen ist. Die Klassenkampftheorie kann nur zerstörend wirken, indem sie sich gegen alle idealen Gemeinschaften stemmt. Die Zukunftsgesellschaft kann nicht als Abschluß der Klassenbewegung gedacht werden.

Bei einer Stellungnahme gegen die Klassenkampftheorien ist besonders zu beachten, daß mit vernünftigen Gründen nicht bezukommen ist. Längst ist die Idee des Klassenkampfes Glaube und Schlagwort geworden. Gegenüber diesem Glauben hat das Plänkeln der vernünftigen Erkenntnis keinen Einfluß.

Wir müssen diesem Aberglauben einen rechten Glauben gegenüberstellen, den alten Glauben an Gott. Nur von diesem Standpunkt ist eine Bekämpfung des letzten Endes aus Gottlosigkeit geborenen Klassenkampfes möglich. Aus diesem Glauben an Gott folgt der Glaube an die Ideen und die Liebe. Menschliche Liebe ist im Grunde nichts anderes als Gottesliebe. Nie kann aus bloßer Arbeitsgemeinschaft oder Produktionsgemeinschaft Liebe kommen. Die Aussichten dieses Kampfes sind nicht allzu hoffnungsvoll. In der deutschen Religiosität und dem nationalen Sinn liegt die Quelle der Gesundung. Vielleicht kommt die Erlösung aus der proletarischen Masse selbst und wird Sowjet-Rußland wieder ein großer Nationalstaat. Es gilt nicht einen Kampf im Dunkeln des Triebhaften, sondern einen Kampf im Lichte des Ideals zu führen.“

Siehe da, die Lasteseil!

In der vorigen Nummer unseres Organs zitierten wir eine Auslassung der „Bergwerkszeitung“, wonach der Arbeitgeber der Lasteseil für alle ist, der nur die verdamnte Pflicht hat, für den Lohn seines Arbeiters zu sorgen, und es sei geradezu empörend, wie die Härte und Leiden der Arbeitgeber ignoriert würden. Wir kennen auch die Schwierigkeiten, mit denen mancher Unternehmer zu kämpfen hat, aber es muß doch zum mindesten selbst kommen, wenn man dann in einer Zeit, wo viele Arbeiter trodenes Brot haben, folgende wunderbare Selbstironie auf die gedrückten Lasteseil im „Holzwirt“, dem Organ der deutschen Holzhändler findet:

„Die Königsberger Tagung des Österrischen Vereins (der Holzhändler) verlief glanzvoll. . . Der Empfang am Freitagabend war überaus gelungen. Die Herzlichkeit der österreichischen Gastgeber verbreitete von Anfang an unter den Erscheinenden, wohl etwa 150 Holzhändlern, eine so gute Stimmung, daß der Abend -- er reichte ungefähr bis 4 Uhr morgens -- wie im Fluge genugsam verlief. Und die Österrischen ließen sich nicht lumpen, tafelten ein wundervolles Dinner auf und feuchteten das so gut und gründlich an, daß die Holzhändler alle Trübsal langer Monate vergaßen und eine Hauffestimmung an Vergnügen aufkamen. . . Und die Gäste waren nicht von Pappel! Zwei kühnste Minister, der Reichsernährungsminister Graf von Knipf, der mit einer gewissen Gemütsregung konstatieren konnte, daß die Reichsernährung in dem Total gut in Schuß war, und daß das deutsche Volk einen Reichsgetreideminister weit über nicht braucht, da auch ohne ihn alles da war. Und dann der dem österreichischen Holzhandel allernächste, der preussische Landwirtschaftsminister Herr Wendorf, der mit sehr humoristischer Gef., als man ihn in ulkiger Form aus dem Holzhandel das bekannte Geißel über die Not der Holzgewerkschaft aufstimmte, nur das Neun hoch, als ob er sagen wollte: Ich weiß alles, ihr Krüden unter den Ähren!“

Sie wollen nicht in ungerader Weise verallgemeinern, aber es muß doch gesagt werden, daß solche pseudo-volkswirtschaftlichen gar nicht so vereinzelte Befehle sind. Wir erleben Arbeitgeberverbände, Generalversammlungen, deren Teilnehmer, mit Namen namhaft, auch mehreren Hunderten zählen, und deren Ar-

beitsprogramm recht gering, das Festprogramm aber um so umfangreicher war. Das mögen die Herren halten, wie sie wollen, nur möge man uns den bescheidenen Einwand gestatten, daß der Vergleich mit den Lasteseilen damit vertauselt wenig übereinstimmt. Vielleicht ist es für gewisse Unternehmerkreise doch gut, wenn sie sich das Wort des Fabrikanten Büchner aus Darmstadt merken wollten, der in der Schrift „Staat und Wirtschaft“ folgendes schreibt:

„In dieser Zeit der allgemeinen Not muß man auch in den Kreisen der Industrie und des Handels, schon um des Beispiels halber, auf allen Lebenskurven verzichteten lernen und statt dessen alles, was man über das zum Leben Notwendige erwirbt, in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Das wird auch dem inneren Frieden dienen. Bekommt man doch bei allen schwierigen Lohnverhandlungen stets den Vorwurf zu hören, daß in den Kreisen der großverdienenden Industrie und des noch größer verdienenden Handels unerhörter Luxus, der sich auf allen Gassen breit macht, getrieben wird; ein Vorwurf, den man leider nicht durch viele Beispiele des Gegenteils entkräften kann.“

Diese Meinung eines Mannes, der sicher Bescheid weiß, zeigt doch, was es mit dem Geschrei von den Lasteseilen auf sich hat. Uebrigens sei mitgeteilt, daß auf unser Anerbieten, berufsüberdrüssigen Arbeitgebern eine Stelle als Steinträger vermitteln zu wollen, bisher keine Angebote eingegangen sind.

Der Rückgang des europäischen Außenhandels.

Die volkswirtschaftliche Abteilung des Völkerbundes hat auf Grund sorgfältiger Arbeiten verschiedene Tabellen über den Weltmarkt nach dem Kriege veröffentlicht. Die folgende Tabelle behandelt die Veränderungen im Außenhandel einzelner wichtiger Industriestaaten seit dem Kriege. Folgende Maßzahlen (1913 = 100) geben hierüber Auskunft:

Table with columns: Land, 1913, 1920, 1921, 1922, 1923. Rows include Danemark, Frankreich, Deutschland, Italien, Norwegen, Schweden, England, Indien, Verein. Staaten.

In den Maßzahlen kommen die Störungen des Welt-handels seit dem Kriege gut zum Ausdruck.

Aus dem Verbandsleben

Ein Vorbild gewerkschaftlicher Treue

„Der Holzarbeiter“, das Verbandsorgan des christlichen Holzarbeiterverbandes schreibt: „Vor kurzem erschien ein Verbandsmitglied auf dem Büro der Zahlstelle Köln, um sich als Mitglied der Zahlstelle anzumelden. Der Kollege war 73 Jahre alt. Auf die Frage, ob er Arbeit suche, jagte derselbe: „Nein, ich bin Invalid und beziehe Invaliden- und Unfallrente; aber ich bleibe Mitglied des Verbandes, solange ich das Leben habe, und will meine wöchentlichen Beiträge zahlen.“ Auf die Frage, wie hoch sein Einkommen sei, meinte er: „Ich beziehe monatlich ungefähr 45 Mark, trotzdem habe ich aber für den Verband noch wöchentlich 65 Pfg. übrig.“ Besonders stolz war der Kollege auf seine alten Verbandsbücher, die er mitgebracht hatte. Bei Durchsicht derselben mußten wir feststellen, daß seit 1903, wo der Kollege aufgenommen war, bis zum November 1923 keine Marke fehlte, und sämtliche Sonderbeiträge, die von der Zentrale wie von seiner früheren Ortsverwaltung aus den verschiedenen Anlässen ausgegeben wurden, restlos in seinen Büchern gelistet waren.“ Wir stimmen dem „Holzarbeiter“ zu, wenn er dazu bemerkt: „An einem solchen Idealismus und solcher Liebe zum Verbandsleben kann man sich erbauen. Dieser alte Kollege hat aus eigener Anschauung den praktischen Wert der gewerkschaftlichen Organisation kennengelernt und durch seine eigene Mitarbeit die Erfolge gesichert. Nun, da er selbst nicht mehr kämpfen kann, trägt er durch sein Scherflein mit dazu bei, das geschaffene Werk zu erhalten und weiterzuführen. Wie wohltuend hebt sich ein solches Verhalten ab von dem, was wir heute so viel beobachten.“

Cariffbewegung

Bezirk Hannover

Kassel. Der Streit im hiesigen Baugewerbe ist am 20. Oktober beendet worden. Es wurde ein Lohn von 75 Pfg. für Maurer und von 64 Pfg. für Hilfsarbeiter vereinbart. Der Kampf hat nicht das gebracht, was er bringen sollte, aber immerhin hätten wir ohne Kampf diesen Lohn nicht erreicht. Das mögen sich die in Kassel beschäftigten Bauarbeiter besonders zur Notiz nehmen. Wir werden auch in der ferneren Zeit, wenn wir einen nur einigermaßen ansehnlichen Lohn erreichen wollen,

diesen nur auf dem Kampfeswege erzielen können, und dazu ist nötig, daß wir kampffähige Organisationen haben. Bei der Hartnäckigkeit der hiesigen Unternehmer gibt es gar keinen anderen Weg, und der letzte Streit hat trotz seiner Kürze bewiesen, daß, wenn die Bauarbeiter einzig hinter ihren Führern stehen, immer noch etwas zu erreichen ist. S.

Bau-Rundschau

Die Verwendung der Hauszinssteuer

Wie der „Antikliche preussische Pressedienst“ mitteilt, weist eine Verfügung auf die am 1. Oktober d. J. eingetretenen Änderungen in der Verteilung des Gesamtaufkommens der Hauszinssteuer hin, die bekanntlich von diesem Datum ab mit 600 v. H. der vorläufigen Grundvermögenssteuer erhoben wird gegenüber bisher 500 bzw. 400 v. H. Das Gesamtaufkommen ist unter Berücksichtigung der durch das Gesetz zur Änderung der preussischen Steuernotverordnung eingetretenen Änderungen vom 1. Oktober d. J. ab, wie folgt, zu verwenden:

- a) zur Förderung der Neubautätigkeit 250 v. H. gleich fünf Zwölftel des Gesamtaufkommens (50 v. H. gleich ein Zwölftel durch den Staat, 200 v. H. gleich vier Zwölftel durch die Stadt- und Landkreise). b) Zur Deckung der übrigen durch die dritte Steuernotverordnung des Reichs erwachsenen Ausgaben 350 v. H. gleich sieben Zwölftel des Gesamtaufkommens (250 v. H. gleich fünf Zwölftel durch den Staat, 100 v. H. gleich zwei Zwölftel durch die Stadt- und Landkreise, wovon 50 v. H. gleich ein Zwölftel nach Maßgabe des örtlichen Aufkommens, 50 v. H. gleich ein Zwölftel im Wege der zentralen Ausschüttung auf sie entfallen).

Von dem Gesamtaufkommen der für die Zeit vom 1. Oktober d. J. ab zur Hebung gelangenden monatlichen Hauszinssteuer erhalten:

- 1. In den kreisfreien Städten a) der Staat 350 v. H. gleich sieben Zwölftel des Gesamtaufkommens; b) die kreisfreien Städte 250 v. H. gleich fünf Zwölftel, wovon 200 v. H. gleich vier Zwölftel zur Förderung der Neubautätigkeit zu verwenden sind. 2. In den kreisangehörigen Städten, Landgemeinden und Stadtbezirken müssen a) der Staat 350 v. H. (wie oben), b) der Landkreis fünf Zwölftel abführen. Gleichzeitig wird noch darauf hingewiesen, daß durch das Gesetz zur preussischen Steuernotverordnung die Bestimmung des Artikels III der 2. preussischen Steuernotverordnung vom 19. Juni dieses Jahres beseitigt worden ist, nach der vom 1. Oktober d. J. ab die Hauszinssteuer auch von den bebauten Grundstücken, die dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind, erhoben werden sollte.

Wir müssen die Gelegenheit auch bei dieser Verfügung, abermals festzustellen, daß die Ausgestaltung der preussischen Hauszinssteuer, wie sie letzten durch den Landtag vorgenommen worden ist, bei weitem nicht den sozialen Anforderungen entspricht, die man gerade an eine derart lastende Steuer stellen kann. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat entsprechende Vorschläge zeitig genug vorgebracht, konnte damit aber leider nur einen sehr begrenzten Erfolg erzielen.

Bücherschau

Josef Wiebeberg. Aus meinem Leben. Mit dem Bild des Verfassers. Preis 20 Pfg. In beziehen vom Zentralverband christlicher Bauarbeiter, Berlin-Dichtenberg, Am Stadtpark 2-3. Preis 20 Pfg. Dieses Buch führt über den Lebensgang unseres Zentralvorstehenden aus seiner eigenen Feder sollte in der Hand eines jeden Mitgliedes sein. Besonders den jugendlichen Kollegen sei es empfohlen. Der Bezug erfolgt zweckmäßig als Sammelbestellung durch die Verwaltungsstellen- und Ortsgruppenvorstände. Da der Vorrat beschränkt ist, bitten wir um schnellste Bestellung.

Sterbetafel

Am 26. August starb unser treuer Kollege Josef Schiller im Alter von 64 Jahren an Herzlähmung. Ortsgruppe Regensburg. Am 4. Oktober starb unser lieber Kollege Wilhelm Ahmacher im Alter von 35 Jahren an Leberkrankheit. Ortsgruppe Distinghausen. Ehre ihrem Andenken!

Rautabak billig! Nur an Zahlstellen.

Kannewacker, Grimm und Triepel, Doms, Cramer, dünne, mittel, dicke Rollen und Zigarettenform; per Stück 12 Pfg., Cramer 15 Pfg., bei einem Mindestquantum von 250 Stk. Verpackung und Porto frei, ab Stammhaus per Nachnahme zuzüglich Nachnahmeporto. S. Trumpeker, Letmathe.

An alle Raucher

Räumungshalber geben wir bis auf weiteres ab: Zigaretten nur reine überreife Qualitäten von 4 Pfg. bis 15 Pfg., bisher 10-40 Pfg. Danks Gold Zsig, garantiert leichte und gute Meissner-Blattware, zu 25 Pfg. à 100 G. Nichtgefällendes wird jederzeit zurückgenommen. Haben Sie trotz der billigen Preise Vertrauen. Vender & Kleinlagel, Zigaretten- und Tabakfabrik, Nettigheim, Kr. Seibelsberg.